

DAS KONZEPT DER NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG UND SEINE UMSETZUNG IN KOLUMBIEN

Brigitta Villaronga Walker

Die Entwicklungstheorie ist seit ihrer Entstehung geprägt durch das Paradigma der „aufholenden Entwicklung“. Dieses optimistische Weltentwicklungsmodell stützte sich zum einen auf die Annahme, die gleiche (westliche) Entwicklung für alle Menschen sei möglich und erstrebenswert und setzte zum anderen Entwicklung weitestgehend mit Wachstum gleich. Damit wurde ein qualitativer Veränderungsprozess zu einer rein quantitativen Veränderung degradiert. Im Augenblick seines historischen Triumphs über Gegner und Konkurrenten stellte sich dieses westlich-kapitalistische Modell allerdings als immer weniger universalisierbar und wünschenswert heraus. Dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung, seit der Rio-Konferenz von 1992 in aller Munde, liegt nunmehr ein mehrdimensionaler Entwicklungsbegriff zugrunde, der sowohl auf „überentwickelte“ als auch auf „anders entwickelte“ Länder anwendbar ist und den Bedürfnissen heutiger Generationen entsprechen soll, ohne die Lebensgrundlagen künftiger Generationen zu gefährden. Ziel dieses Aufsatzes ist es, dieses Entwicklungskonzept vorzustellen und dessen Umsetzung in Kolumbien zu untersuchen.

283

1. Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung

Grenzenloses Wachstum ist in einem begrenzten System (wie dem Ökosystem Erde) per se nicht praktikabel. Gleichwohl war die Grundprämisse in den bisher zur Erklärung menschlicher Entwicklung herangezogenen Theorien und Modellen, Fortschritt und Entwicklung mit Wachstum gleichzusetzen.

1.1 Die Verschränkung von Umwelt und Entwicklung

Am nachdrücklichsten wies im Jahr 1972 die Forschergruppe um das Ehepaar Meadows in ihrem Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ auf jene systemimmanenten Grenzen hin. Ihre Prophezeiung einer katastrophalen Zuspitzung der Rohstoffknappheit und der Umweltverschmutzung im Falle der Beibehaltung aktueller Wachstumstrends war gleichsam ein Paukenschlag und begleitete die 1972 in Stockholm abgehaltene UN-Konferenz zur Umwelt des Menschen, bei der erstmals Umwelt- und Entwicklungsfragen auf höchster politischer Ebene debattiert wurden. Wichtigstes Ergebnis der Konferenz ist die Deklaration zur menschlichen Umwelt und die Gründung des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) – als Grundlage verstärkter internationaler Kooperation und Beschäftigung mit der Umwelt (Weizsäcker 1994: 14–17; 51–54; Nohlen/Hillebrands 1993: 733).

Ein zweites gravierendes Problem, das neben der Umweltproblematik lange Zeit zu wenig Beachtung fand, ist die ungleiche Entwicklung im Weltmaßstab – der Nord-Süd-Konflikt. Im Laufe der Jahre und auf dem Wege zahlreicher Weltkonferenzen wurde die Problematik der fortschreitenden Umweltzerstörung zusehends mit dieser Entwicklungsproblematik verknüpft. Einige Meilensteine auf diesem Weg seien nachfolgend genannt.

1.1.1 Der Brundtland-Bericht von 1987

1987 legte die auf Beschluss der UN-Vollversammlung 1983 als unabhängige UN-Sonderkommission eingerichtete *World Commission on Environment and Development*, besser bekannt als Brundtland-Kommission, ihren Bericht „Our Common Future“ vor. In einem „Weltweiten Programm des Wandels“ sollten langfristige Umweltstrategien vorgeschlagen und Empfehlungen gegeben werden, „wie die Besorgnis um die Umwelt sich in eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern und zwischen den Ländern in verschiedenen Phasen wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung umsetzen [...]“ ließe (Hauff 1987: XIX). Dieser sogenannte „Brundtland-Bericht“ behandelte erstmals Umwelt und Entwicklung in ihrer wechselseitigen Abhängigkeit und als Einheit. Ähnlich den vorhergehenden Weltberichten bzw. -modellen brachte aber auch er keine neuen Erkenntnisse, sondern vor allem die bekannte Wechselwirkung zwischen Unterentwicklung und Umweltzerstörung auf den Punkt:

„Die Armut ist gleichzeitig eine der Hauptursachen und Hauptfolgen globaler Umweltprobleme. Es ist daher müßig, Umweltprobleme in den Griff

bekommen zu wollen, wenn man nicht über eine breit angelegte Perspektive verfügt, die auch die Ursachen für die Armut in der Welt sowie die Ungerechtigkeit in den internationalen Beziehungen zur Kenntnis nimmt." (Hauff 1987: 3).

Im Brundtland-Bericht wird einerseits nur das exponentielle, quantitative Wachstum der klassischen ökonomischen Lehre als „dauerhaftes Wachstum“ umetikettiert und gerät zu altem Wein in neuen Schläuchen. Andererseits haben aber Effizienz- und im Ansatz auch Suffizienzüberlegungen, angesichts des Kollapses der globalen Ökosysteme, die Kommission zur zwischenzeitlich gängigsten Definition von dauerhafter Entwicklung geführt (ibid.: XV):

„Unter dauerhafter Entwicklung verstehen wir eine Entwicklung, die den Bedürfnissen heutiger Generationen entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen.“

1.1.2 Die Rio-Konferenz von 1992

Nach der zunehmenden Annäherung von Umweltschutzinteressen im Norden und Entwicklungsbedürfnissen im Süden über die 80er Jahre hinweg erreichte die globale Umwelt- und Entwicklungsdebatte ihren internationalen Höhepunkt 1992 mit der Weltkonferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro. Angestoßen durch die im Brundtland-Report enthaltenen Vorschläge für einen institutionellen und rechtlichen Wandel, die u.a. auf eine internationale Konferenz zur Überprüfung der Fortschritte und Förderung weiterer Vereinbarungen abzielten, wollte man in Rio geeignete Wege einer nachhaltigen Entwicklung in Nord und Süd festlegen, „die der wachsenden Zerstörung des Globus und der zunehmenden sozialen Verelendung der Menschen Einhalt gebieten“ sollten (UN-Resolution 44/228 nach Müller 1993: 643).

Erstmals wurden in den Vorbereitungsprozess der Konferenz auch NROs eingebunden und zu den öffentlichen Sitzungen als Beobachter zugelassen und damit der Partizipation ein gänzlich neuer Stellenwert eingeräumt. Trotz der eingeschränkten Möglichkeiten einer direkten Beeinflussung der Konferenzergebnisse war dies neben dem parallel zur offiziellen UNCED-Konferenz von den NROs abgehaltenen „Globalen Forum“ ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Stärkung der internationalen Zivilgesellschaft. Dementsprechend wurde auch die Herausbildung lokaler, regionaler und globaler Netzwerke auf NRO-Ebene als einer der größten Erfolge der Rio-Konferenz gewertet.

Im Bereich der wichtigsten offiziellen Dokumente wurde in Anlehnung an die Stockholmer Deklaration die „Erklärung von Rio zu Umwelt und Entwicklung“ verfasst. Diese sogenannte „Rio-Deklaration“ war ursprünglich als völkerrechtsverbindliche Erd-Charta geplant, konnte jedoch als solche nicht verabschiedet werden und stellt aufgrund dessen heute ein nicht-rechtsverbindliches Dokument dar, in dem sich die Unterzeichnerstaaten in 27 Grundsätzen auf ihre Rechte und Pflichten gegenüber der Umwelt einigten. Zentral sind das Menschenrecht „auf ein gesundes und produktives Leben im Einklang mit der Natur“, das Recht auf eine souveräne Ressourcenausbeute, das „Recht auf Entwicklung“, die Abhängigkeit und Untrennbarkeit von Frieden, Umweltschutz und Entwicklung, die „Beseitigung der Armut als unabdingbare Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung“, die Anerkennung der Hauptverantwortung des Nordens als Verursacher globaler Umweltprobleme und die Betonung der „grundlegenden Rolle“ der Frauen, der Jugend und eingeborener Bevölkerungsgruppen in Fragen der Umwelt und Entwicklung. Durch die gesamte Deklaration zieht sich die Forderung nach internationaler Kooperation im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung (BMU: 45–47).

Die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Umsetzung der Rio-Deklaration finden sich in der Agenda 21, dem zentralen Dokument und (ebenfalls nicht-rechtsverbindlichen) Aktionsplan für einen nachhaltigen Entwicklungsweg ins 21. Jahrhundert. Hervorgehoben wird hier die Notwendigkeit basisorientierter Lösungsansätze und die Bedeutung bestimmter Akteure (Frauen, Jugend, indigene Völker, NGOs, Kommunen, Gewerkschaften, Wissenschaftler, Landwirte) zur Umsetzung des Konzepts einer nachhaltigen Entwicklung. In Konsequenz ergibt sich aus Kapitel 28 der Agenda 21 eine Handlungsaufforderung für Kommunen, zur Verwirklichung der angestrebten Ziele in enger Zusammenarbeit mit den Bürgern eine auf die eigenen Bedürfnisse zugeschnittene Lokale Agenda 21 auszuarbeiten.

Zur Überprüfung des UNCED-Nachfolgeprozesses und der Umsetzung der Agenda 21 wurde auf institutioneller Ebene die *Commission for Sustainable Development (CSD)* eingerichtet, die bei aller Skepsis über ihre politische Wirksamkeit auf ihren jährlichen Treffen ein Forum für globale Umwelt- und Entwicklungspolitik darstellt und deren Priorität wieder in Erinnerung ruft. Zur Finanzierung der verschiedenen Aufgaben ist 1994 die Globale Umweltfazilität (GEF) eingerichtet worden, die von Weltbank, UNDP und UNEP gemeinsam verwaltet wird, der aber für die Jahre 1994–96 lediglich 2 Mrd. US\$ zur Verfügung gestellt wurden – von ursprünglich 142 Mrd. US\$, die zur Umsetzung der Agenda 21 von den Industrieländern aufgebracht werden sollten (Nuscheler 1996: 262).

Bei aller berechtigten Kritik, dass angesichts unüberwindbarer Zielkonflikte und nationaler Egoismen auf dem Erdgipfel viele Themen unberücksichtigt geblieben sind, die Dokumente keine konkreten Verpflichtungen der Staaten enthalten und die Durchsetzung der Konferenzergebnisse aufgrund mangelhafter Finanzierungszusagen der Industrienationen und fehlender Sanktionsmittel weiterhin ungeklärt sind, wurde der Begriff der nachhaltigen Entwicklung dort doch erstmals zu einem weltweiten Leitbild erhoben. Durch den „Geist von Rio“ und vielleicht gerade auf dem Wege der erstmals eindeutig hervorgetretenen internationalen Interessenkonflikte wurde ein Prozess staatlicher und nicht-staatlicher Beschäftigung mit der Umwelt- und Entwicklungsproblematik initiiert, der sich bis heute fortsetzt und dem die Agenda 21 als „entwicklungs- und umweltpolitischer Katechismus“ dient (Schmitz/Stephan 1996: 175–184).

1.1.3 Der Rio-Folgeprozess

Im Juni 1997 machte sich Ernüchterung hinsichtlich der Umsetzung der Beschlüsse des Erdgipfels breit, als fünf Jahre nach Rio eine UN-Sondergeneralversammlung in New York Zwischenbilanz ziehen und die Agenda 21 fortschreiben sollte. Nachdem man 1992 mit der nachhaltigen Entwicklung eine Formel für die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie gefunden zu haben schien, hatte sich in der Folge dieses Leitmotiv weder im Denken noch im Handeln durchsetzen können. Das „kollektive Besserungsgelöbnis“ entpuppte sich als „Festival der frommen Wünsche“. Stattdessen wurde der Status quo zelebriert und der Geist und die Aufbruchstimmung von Rio schienen sich in heiße Luft aufgelöst zu haben (FAZ 1997; FR 1997a). Der Präsident der Konferenz selbst sprach enttäuscht von der „globalen Rezession in den Köpfen“ und davon, dass das Ziel der nachhaltigen Entwicklung seinen Zenit in Rio gehabt habe (FAZ 1997; FR 1997). Damals war man durch das Wegbrechen der alten Blöcke beflügelt, eine bessere Weltordnung zu schaffen, fünf Jahre danach aber hatte eine von Massenarbeitslosigkeit geprägte Wirklichkeit die Visionäre eingeholt und altbekannte Prioritäten setzen lassen. Spätestens 2002, zehn Jahre nach Rio und gänzlich im 21. Jahrhundert angekommen, steht eine erneute Prüfung der gemachten Fortschritte an. Nach wie vor gilt: „Wir brauchen eine neue Ethik des menschlichen Überlebens – und wir brauchen sie bald“ (Hauff 1987: XVII).

1.2 Begriffsdefinition

Diese neue Ethik bietet das Konzept der nachhaltigen Entwicklung. Die Idee der Nachhaltigkeit ist in Deutschland bereits seit dem Mittelalter bekannt und entstammt der forstwirtschaftlichen Praxis. Es handelt sich um eine mit Sanktionen belegte Regel, die besagt, dass nicht mehr Holz zu schlagen ist, als nachwächst und dass, wo Holz genutzt wird, auch wieder aufgeforstet werden muss (Harborth 1993: 231). Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung verbindet das Prinzip der Nachhaltigkeit mit einer neuen Definition von Entwicklung als qualitativem Veränderungsprozess, im Unterschied zu Wachstum als rein quantitativer Veränderung. Entwicklung wird als mehrdimensionaler Prozess verstanden, der auf Frieden, die Sicherung eines menschenwürdigen Lebens für alle und die Zukunftsfähigkeit von Gesellschaften in der Einen Welt abzielt. Der von den westlichen Ländern eingeschlagene Weg der „harten“ Industrialisierung hat sich als ökologische und soziale Sackgasse herausgestellt. Ein neues Entwicklungsmodell muss alle Dimensionen von Entwicklung berücksichtigen und ausbalancieren. Das Drei-Säulen-Modell nachhaltiger Entwicklung (Ökonomie, Ökologie und Soziales) sollte daher um die Dimension der politischen Steuerung ergänzt werden.

1.3 Mögliche Nachhaltigkeitskriterien

Der Rahmen dieser Abhandlung verbietet eine tiefere Einführung in diese vier Dimensionen einer nachhaltigen Entwicklung. Nur so viel sei angerissen: Die ökologische Dimension beinhaltet einen grundsätzlichen Gegensatz zwischen ökologischer Modernisierung und ökologischem Strukturwandel (Effizienz- versus Suffizienzstrategien); Ökonomieverträglichkeit schließt die Suche nach angepassten Technologien und die Internalisierung externer Kosten ein (Beispiel Ökosteuern); Sozialverträglichkeit umfasst u.a. die Abkehr vom Kasinokapitalismus, innerhalb dessen Kooperation durch Wettbewerb und Partnerschaft durch Beherrschung ersetzt wird; Demokratieverträglichkeit schließlich beinhaltet die Suche nach Mischformen autochthoner Politikformen und westlicher Demokratievorstellungen.

Ökologische Tragfähigkeit

- Effizientere Ressourcennutzung.
- Energiewende durch verstärkten Einsatz erneuerbarer und recyclingfähiger Ressourcen.
- Reduktion des Abfallvolumens.
- Schutz und Erhalt der Biodiversität.

- Stabilisierung des Bevölkerungswachstums.
- Verbot von Pestiziden und Förderung biologischer Anbaumethoden.
- Vorsicht im Umgang mit neuen Großrisiken (Bio- und Gentechnologie).

Ökonomische Zukunftsfähigkeit

- Qualitatives statt quantitatives Wachstum.
- Revision der Vor- und Nachteile einer globalisierten, arbeitsteiligen Weltwirtschaft.
- Lokale und nationale Self-Reliance und Resilience durch Aufwertung der Subsistenzwirtschaft.
- Dematerialisierung der Produktion und Verkürzung von Transportwegen
- Internalisierung externer Kosten.
- Entwicklung menschengerechter Technologie.
- Technologieaustausch statt -transfer.

Soziale Gerechtigkeit

- Gerechtere Einkommensverteilung, nationale und internationale Umverteilung.
- Wertewandel von der globalisierten Wohlstandsgesellschaft zu dezentralen Formen.
- Intragenerative Gerechtigkeit und Gleichberechtigung von Geschlechtern und Ethnien.
- Respekt vor und Erhalt von kultureller Diversität.
- Revitalisierung des Gemeinschaftsdenkens und der Solidarität untereinander.
- Aufwertung des ländlichen Raums gegenüber der Stadt.
- Ethik der Selbstbescheidung bzw. Suffizienz.

Politische Steuerung

- Garantie der Menschen- und Bürgerrechte.
- Partizipation und Integration der Bevölkerung.
- Dezentralisierung und basisdemokratische Problemlösungsstrategien.
- Bessere Kooperation der staatlichen mit der gesellschaftlichen Ebene (*policy-networks*).
- Stärkung endogener Potenziale durch Investitionen im Bildungs- und Erziehungssektor.
- Neue innovative Konzepte für Beschäftigung und soziale Absicherung
- Schaffung politischer und rechtlicher Rahmenbedingungen (ökologische Leitplanken).

Nachhaltige Entwicklung ist weit mehr als ein ressourcenschonender Lebensstil zur Erhaltung natürlicher Lebensgrundlagen, da hier nur die

Naturkrise, nicht aber die Gerechtigkeitskrise der Welt problematisiert wird. Tatsächlich geht es um die Unterentwicklung im Süden und die Überentwicklung im Norden. Den Menschen sollen bessere Chancen eingeräumt werden, ihr Leben eigenverantwortlich und in Einklang mit der Natur zu gestalten, sodass am Ende alle besser leben anstatt mehr zu haben. „Sein statt haben“ ist das Stichwort und beinhaltet Suffizienzüberlegungen in unseren Breiten, damit die zunehmend mit dem westlichen Konsummodell sozialisierte Weltbevölkerung wenigstens ihre Grundbedürfnisse befriedigen kann. Nachhaltigkeit ist also auch die Hoffnung, dass der Norden Raum freigeben möge für die Entfaltung der Gesellschaften im Süden, ebenso wie die westlich orientierten Eliten jener Länder der eigenen Bevölkerung Kontrolle über ihre Ressourcen zugestehen.

2. Nachhaltige Entwicklung in Kolumbien?

Alternative Entwicklungsansätze in Kolumbien lassen sich zunächst in einen größeren hemisphärischen Kontext einordnen, der eine verstärkte Emanzipation von westlichen, insbesondere US-amerikanischen Entwicklungsvorstellungen andeutet. Die heutige Beschäftigung mit Umwelt- und Entwicklungsproblemen und die daraus resultierende „Nachhaltigkeitsdebatte“ hat tiefe Wurzeln. Wichtigster Meilenstein in jüngerer Zeit war der erste amerikaweite Gipfel über nachhaltige Entwicklung, der im Dezember 1996 in Bolivien stattfand. Dort kam es zur Verabschiedung der Erklärung von Santa Cruz und eines Aktionsplans – als Schritt in Richtung auf die Unterzeichnung eines Abkommens über nachhaltige Entwicklung im Jahr 2005 –, der Wachstumsförderung, Umweltschutz und Sozialausgleich in einem durch Kreditmöglichkeiten multilateraler Finanzinstitutionen gestützten, ehrgeizigen Projekt ermöglichen soll. Auch wurde die Interamerikanische Kommission für Nachhaltige Entwicklung (*CIDS*) geschaffen, die u.a. über die Umsetzung von guten Absichten in konkrete Programme wacht. Besonders hervorzuheben ist die Erkenntnis, dass die auch in Asien angewandten wachstumszentrierten Leitbilder aufgrund ihrer hohen sozialen und umweltbedingten Kosten für Lateinamerika unannehmbar sind und dass eine nachhaltige Entwicklung einen vielschichtigen Prozess zur Überwindung von Armut und zum Schutz der Umwelt umfasst:

„Es besteht kein Zweifel, daß wir in dieser Hemisphäre, in unserem Lateinamerika, die Chance haben, das Wunder einer nachhaltigen Entwicklung, einer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung in der Demokratie mit Achtung vor der Umwelt Wirklichkeit werden zu lassen. [...] Die Verbindung zwischen der wirtschaftlichen und der sozialen

Entwicklung und der Umwelt ist unausweichlich. Wenn wir dies befürworten, dies akzeptieren, auf Gott vertrauen und an Wunder glauben, ist es möglich, dass das Wunder, auf das die Menschheit wartet, in unserer Hemisphäre, in unserem Lateinamerika geschieht, eher als in Europa, Afrika und Asien...“¹

Es bleibt abzuwarten, ob Gottvertrauen und der Glaube an Wunder allein ausreichen werden, um eine solche Entwicklung, die auch andere als westliche Wertmaßstäbe und Prioritäten setzen muss, umzusetzen. Bezeichnenderweise hat das Thema bereits auf dem zweiten Amerika-Gipfel im April 1998 in Santiago de Chile keinen nennenswerten Stellenwert mehr gehabt. Festzuhalten bleibt jedoch der gestärkte Wille, auf dem Wege einer integraleren Entwicklungsstrategie endlich an „[...] die Konstruktion einer Gesellschaft mit wünschbaren Zügen zu gehen“ (Pinto nach Mols 1995a: 53) und dem hochentwickelten Westen nicht wieder die Ägide über ein neues Entwicklungsmodell zu überlassen.

2.1 Natürliche Ressourcen

Kolumbien ist das einzige südamerikanische Land mit Zugang zum Atlantischen und Pazifischen Ozean und mit ca. 1.141.748 km² das fünftgrößte Land des Subkontinents. Es zeichnet sich durch seine biologische, geographische, klimatische und kulturelle Vielgestaltigkeit aus. Fünf Natur- und Kulturräume lassen sich unterscheiden: Andenregion, Karibik, pazifisches Tiefland, die östliche Tiefebene mit ihren weitläufigen Savannen und die Regenwälder des Amazonas (Dilger 1996: 9).

Die exklusive Lage des Landes als Brücke zwischen Nord- und Südamerika mit unterschiedlichen Höhenstufen und Klimazonen, die den Übergang und Kontakt zwischen Amazonas und Anden ermöglichen, heterogene Bodenbedingungen sowie die beiden *hotspots*² des pazifischen Tieflands (des *Chocó Biogeográfico* mit der höchsten Niederschlagsmenge weltweit) und des westlichen Amazonasgebiets bedingen eine große Biodiversität und einen hohen Grad an Endemismus (Andrade/Ruiz/Gómez 1992: 19). Dies macht Kolumbien zu einem der Länder mit der größten Megadiversität, d.h. der höchsten Artenvielfalt pro Gebietseinheit weltweit. Mit nur 0,7% Anteil an der weltweiten Festlandsmasse vereinigt das Land 10% aller Tier- und Pflanzenarten des Planeten auf seinem Staatsgebiet (Colombia National Report for UNCED 1992: 13). Kolumbien verfügt also

¹ Der bolivianische Präsident Gonzalo Sánchez de Lozada in seiner Eröffnungsrede auf dem Amerika-Gipfel für nachhaltige Entwicklung in Bolivien (DW Monitor Dienst vom 10. Dezember 1996: 1–3).

² Gebiete mit der höchsten Biodiversität weltweit.

aufgrund seiner natürlichen Ressourcen über ein beachtliches internationales Verhandlungspotenzial.

Um nur einige Beispiele zu nennen: In Kolumbien finden sich zwischen 3.000 und 3.500 verschiedene Orchideenarten, was ungefähr 15% weltweit entspricht (Andrade/Ruiz/Gomez 1992: 14). 55.000 und damit 10% aller bisher identifizierten Pflanzenarten Kolumbiens sind endemisch. Im Bereich der Wirbeltiere hält das Land international den dritten Platz, bezüglich aller Vogelarten und Amphibien den ersten Platz und in Bezug auf Säugetiere den fünften Platz. Die 27 verschiedenen Primatenarten repräsentieren ein Drittel aller im tropischen Amerika aufzufindenden Primaten und 15% weltweit. Bezüglich der Gesamtzahl aller Arten rangiert Kolumbien auf Platz zwei, hinter Brasilien (Colombia National Report for UNCED 1992: 12f.), bezüglich der globalen Wasserreserven auf Platz fünf (Rodríguez Becerra 1994: 355). Zum Erhalt dieses unschätzbaren Reichtums hat Kolumbien über die letzten 40 Jahre hinweg ca. 10% seines Staatsgebiets unter den Schutz eines Nationalparksystems gestellt, das über 40 Parks zur *in-situ-conservation* umfasst (INDERENA: 10).³

2.2 Umwelt in der Krise

Neben natürlichen Umweltkatastrophen (häufig entweder bedingt durch extreme Trocken- oder Regenzeiten) haben das dynamische soziale und wirtschaftliche Wachstum Kolumbiens in den letzten Jahrzehnten erhebliche Umweltschäden mit sich gebracht. Um den raschen Veränderungen innerhalb der sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen gerecht zu werden, wurde intensiv auf natürliche Ressourcen zurückgegriffen und zunehmend Natur- in Kulturland umgewandelt. Vom ursprünglichen Naturraum sind heute gerade einmal 50% erhalten (Páramo Rocha 1996: 135). Die Übernahme nicht angepasster Technologien und vermehrte Stoffeinträge haben darüber hinaus zu einer starken Beeinträchtigung der Umweltqualität geführt:

- Entwaldung: insgesamt bereits 30% der ursprünglichen Waldfläche, jährlich zwischen 300.000 und 600.000 Hektar (Rodríguez Becerra 1994: 181).
- Bodendegradation: 45% der Böden werden inadäquat genutzt und 8,5% leiden unter fortgeschrittener Erosion (Ministerio de Medio Ambiente: 15).

³ Vgl. allgemein zu den natürlichen Rahmenbedingungen in Kolumbien Pombo 1990 und den Beitrag von Lüddecke zur biologischen Vielfalt Kolumbiens in diesem Sammelband.

- Starke Gewässerverunreinigung (Ministerio de Medio Ambiente 1995: 9).⁴
- Luftverschmutzung: besonders in den Städten aufgrund des defizitären Transportwesens und der rückständigen Industrieproduktion (Ministerio de Medio Ambiente 1995: 6–10).
- Landschaftsversiegelung und Vernichtung wichtiger Feuchtgebiete durch städtebauliche Erschließung von landwirtschaftlichen Flächen und Ökosystemen.
- Zerstörung schwacher und insularer Ökosysteme (v.a. Korallenriffe und Mangroven), innerhalb derer minimale Veränderungen erhebliche (Spät-)Folgen haben können.
- Illegaler Handel mit Tieren und genetischen Ressourcen.⁵

Einige der auf anthropogene Eingriffe zurückzuführenden Gründe für diese Naturzerstörung nennt das Umweltministerium in seinem Umweltplan (Ministerio de Medio Ambiente 1995: 6): Weitgehend freier Zugang zu einem Großteil der natürlichen Ressourcen, der zu einer Übernutzung geführt hat; fehlende Internalisierung externer Kosten und damit kostenfreie Nutzung der natürlichen Ressourcen; Armut und niedriges Bildungsniveau der Bevölkerung; nicht nachhaltige Konsummuster, v.a. des wohlhabenden Bevölkerungsteils; internationale Faktoren wie ungerechte Austauschbeziehungen, Nachfrage nach Rohstoffen, Drogenanbau und globale Ressourcenerstörung; unzureichende Forschung und Information; Ineffizienz der öffentlichen Verwaltung. Zusätzliche Ursachen umfassen das Gewaltphänomen⁶ und den Drogenhandel, staatliche Strukturdefizite wie schwache Mechanismen der Interessenvertretung, mangelnde Partizipation der Bevölkerung sowie Defizite der staatlichen Umwelt- und Agrarpolitik. 1987 verfügten 7,7% der Landbesitzer über 83% des Landes (Rodas Monsalve 1995: 13). Auf der verzweifelten Landsuche der Menschen fressen sich deshalb Ackerbau- und Viehzuchtgrenze kontinuierlich in den dafür ungeeigneten Naturraum hinein. Alternativen wie der Drogenhandel scheinen dann schnell aus dem Teufelskreis der Armut und Marginalisierung herauszuführen.

In Folge dieser verfehlten Politik werden andine Ökosysteme durch Mohnanbau und im Amazonas gelegene Ökosysteme durch Kokaanbau zerstört. Sowohl die von den Bauern zur Weiterverarbeitung als auch jene von der Regierung zur Vernichtung der Anbauflächen benutzten (teilweise

⁴ Weniger als 5% der Gemeinden reinigen ihre Abwässer vor der Einleitung, und obwohl Kolumbien über die größten Wasserreserven weltweit verfügt, haben 23% der Gesamtbevölkerung keinen Trinkwasseranschluss.

⁵ Ersterer macht nach Angaben der Zeitung *El Tiempo* mittlerweile 2,5% des BIP aus (*El Tiempo* 3.4.1998).

⁶ Vgl. den Beitrag von Beatrice von Bila zur Umweltzerstörung in Kolumbien in diesem Sammelband.

hochtoxischen) Chemikalien führen zu einer starken Beeinträchtigung der Umweltqualität. Außerdem kommt es zu drastischen Veränderungen der kulturellen Wertvorstellungen der am illegalen Anbau beteiligten Menschen (Páramo Rocha 1996: 117–136).⁷

2.3 Normative Grundlagen der Umwelt- und Entwicklungspolitik

Kolumbien gehört zu den Ländern des amerikanischen Kontinents, welches auf das älteste Regelwerk zur Verwaltung der natürlichen Ressourcen und der Umwelt zurückblicken kann. Die Forderungen der Stockholmer Konferenz von 1972 aufnehmend, wurde 1974 ein nationales Gesetzbuch zum Schutz der natürlichen Ressourcen und der Umwelt verabschiedet, das durch den Versuch, Entwicklung ökologisch, sozial und wirtschaftlich auszubalancieren, praktisch das Konzept der nachhaltigen Entwicklung vorwegnahm, aber keine zwanghaften Instrumente zu seiner Durchsetzung enthielt (Estupiñán Villarreal 1995: 32). Bereits im Jahr 1989 hob ein deutscher Jurist den Modellcharakter des kolumbianischen Umweltrechts hervor (Stegmüller 1989). Nachdem in der neuen Verfassung von 1991 die Erreichung einer nachhaltigen Entwicklung als grundlegendes gesellschaftliches Ziel formuliert wurde, sahen Politiker und Rechtsgelehrte in dieser „Umweltverfassung“ sogar eine Vorhut neuer konstitutioneller Werke (Rodríguez Becerra 1992: 291).

2.3.1 Die Verfassung von 1991

Die neue Verfassung von 1991 ist in zweierlei Hinsicht bemerkenswert: erstens aufgrund ihrer Fixierung auf die Erreichung einer nachhaltigen Entwicklung als Staatsziel. Diesem Konzept folgend, wurde die Nachhaltigkeit mit der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes verknüpft, sodass sich um die sechzig Artikel direkt oder indirekt auf die Umwelt beziehen. In den Verfassungsprinzipien wird die Pflicht des Staates und seiner Bürger festgeschrieben, die kulturellen und natürlichen Reichtümer des Landes zu bewahren. Hierzu kann der Staat auch die wirtschaftliche Freizügigkeit einschränken. Artikel 79 soll das Bürgerrecht auf eine gesunde Umwelt und die Partizipation an wichtigen Entscheidungen gewährleisten sowie die Pflicht des Staates zur Umwelterziehung unterstreichen. Hiermit wird der Einsicht Rechnung getragen, dass sich die nachhaltige Nutzung und Erhaltung der natürlichen

⁷ An dieser Stelle muss die weitere Analyse der sozio-ökonomischen und politisch-kulturellen Rahmenbedingungen einer nachhaltigen Entwicklung unterbleiben (vgl. deshalb auch Villaronga Walker 1998).

Ressourcen nur erreichen lassen kann, wenn sich auch das Bewusstsein der Bürger für ihre Eigenverantwortung gegenüber der Umwelt erhöht.

Zweitens markiert die Verfassung einen Meilenstein durch die erstmalige verfassungsmäßige Anerkennung der indigenen Rechte und des multikulturellen und -ethnischen Charakters des Landes. Die Einrichtung von Gebietsräten mit relativer Autonomie soll eine den Traditionen der Gemeinschaften entsprechende eigenständige Regierung ermöglichen und erkennt den indigenen Autoritäten innerhalb ihres Gebietes juristische Funktionen zu.⁸ Diese Anerkennung nativer Rechte und Territorien stellt eine einzigartige Errungenschaft dar und eröffnet Möglichkeiten zur Schaffung eines neuen Bewusstseins über die Notwendigkeit einer auf interkulturellem Respekt beruhenden Gesellschaft. Tatsächlich müssen aber in Bezug auf die staatlich zugesicherte Autonomie Abstriche gemacht werden, wie die Mitentscheidung über lukrative Wirtschafts- und Infrastrukturprojekte zeigt, die territoriale und spirituelle Lebensgrundlagen der indigenen Völker gefährden. Konzertierungsversuche haben sich deshalb oft als Absegnung vorher getroffener Entscheidungen entpuppt.⁹

2.3.2 Das Umweltgesetz: Ley 99 von 1993

Den Forderungen der Verfassung folgend, wurde mit der Ley 99 von 1993 ein Umweltgesetz formuliert, innerhalb dessen man den rechtlichen Rahmen des neu zu schaffenden Umweltministeriums absteckte, den mit dem Erhalt der Umwelt beauftragten Sektor der öffentlichen Verwaltung neu organisierte und ein Nationales Umweltsystem (SINA) schuf. Auf Grundlage dieses Gesetzes kam es zur Verabschiedung einer Vielzahl von Dekreten und Resolutionen zur Regulierung des Umweltsektors.

Aus den allgemeinen Grundsätzen des ersten Artikels der Ley 99 geht u.a. hervor, dass sich der öko-soziale Entwicklungsprozess des Landes an den in der Rio-Deklaration enthaltenen Prinzipien orientiert, die Biodiversität bevorzugt geschützt und nachhaltig genutzt werden, und die Bevölkerungspolitik das Recht der Menschen auf ein gesundes und produktives Leben in Einklang mit der Natur berücksichtigen muss. Besonderes Interesse verdient der zehnte Grundsatz, wonach Umweltschutz eine gemeinsame Aufgabe des Staates, der Gemeinschaft, der NGOs und des privaten Sektors ist. Aufgrund dessen soll der Staat die Bildung von Umwelt-NGOs, auch zur Abgabe eigener Funktionen, unterstützen. Der

⁸ Die Übereignung der Hälfte des Amazonasgebietes an die indigenen Gemeinschaften macht es zur weltweit größten Region, in der die Rechte der Urbevölkerung anerkannt wurden (O'Brien 1995: 25).

⁹ Vgl. die Beiträge über die diversen Infrastrukturprojekte auf indigenen Territorien in ONIC/CECOIN/GhK 1995.

breiteste Raum wurde der Konkretisierung des zwölften Grundsatzes eingeräumt, wonach die Behandlung der Umwelt auf einer dezentralisierten, demokratischen und partizipativen Basis zu erfolgen hat. In diesem Sinne hat nach Art. 72 jeder Bürger das Recht, sich in öffentlichen Anhörungen über umstrittene Projekte zu informieren. Durch die Reorganisation der Regionalen Autonomen Körperschaften (*Consejos Autónomos Regionales – CAR*) konnte auch das segmentierte und zentralisierte Schema der Umweltverwaltung erneuert werden.¹⁰ Grundlegend ist auch die Definition nachhaltiger Entwicklung:

„Unter nachhaltiger Entwicklung ist diejenige zu verstehen, die zu wirtschaftlichem Wachstum, Verbesserung der Lebensqualität und sozialem Wohlstand führen soll, ohne die Grundlage der dazu notwendigen, erneuerbaren natürlichen Ressourcen zu erschöpfen, noch der Umwelt oder dem Recht zukünftiger Generationen zu schaden, diese zur Befriedigung der eigenen Bedürfnisse zu nutzen“ (CP: Kapitel II, Art. 3).

2.3.3 Entwicklungs- und Umweltpläne

Auch der Entwicklungsplan *El Salto Social* des Präsidenten Ernesto Samper (1994–1998) nahm Bezug auf eine nachhaltige Entwicklung. Substanzieller Fortschritt sollte auf vier Gebieten erreicht werden: Soziale Entfaltung, internationale Wettbewerbsfähigkeit, Umweltschutz als Basis einer nachhaltigen Entwicklung und institutioneller Fortschritt zur Konsolidierung des Dezentralisierungs- und Partizipationsprozesses (Presidencia de la República/DNP: 5):

„Nach diesem Modell sind die ökonomischen, sozialen und ökologischen Ziele dieses Entwicklungsplans untrennbar. Es hat wenig Sinn, das Wirtschaftswachstum zu steigern, wenn dies nicht seine Entsprechung in einer Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung mit sich bringt. Auf ähnliche Weise hat es keinen Sinn, auf Kosten einer zerstörten Umwelt und dementsprechend auf Kosten der Lebensbedingungen der zukünftigen Generationen von Kolumbianern zu wachsen.“

Der letzte staatliche Umweltpplan *El Salto Social hacia el Desarrollo Sostenible* lehnte sich direkt an den Entwicklungsplan *El Salto Social* an und entsprach in weiten Teilen der dort gemachten Diagnose zur Umweltkrise und dessen Kapitel zum Thema der nachhaltigen Entwicklung. Die Brundtland-Definition ausbauend, wurde eine Veränderung des aktuellen

¹⁰ Vgl. zur Operationalität und Anwendbarkeit der kolumbianischen Umweltgesetzgebung Morcillo 1994.

Entwicklungsmodells vor allem in zwei Punkten gefordert: Die Umweltpolitik sollte mit der Überwindung sozialer Ungerechtigkeit gekoppelt und als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gesehen werden. Akteuren wie Frauen, Jugendlichen, indigenen und negriden Gemeinschaften, Bauern und Siedlern wurden neue Partizipationsmöglichkeiten eröffnet. Die Bevölkerung wurde in allen ihren Organisationsformen als Bestandteil des *SINA* gesehen und zur Unterstützung bei der Umsetzung folgender umweltpolitischer Ziele aufgefordert: Förderung einer neuen Entwicklungskultur, Verbesserung der Lebensqualität, saubere Produktion, Entwicklung eines nachhaltigen Umweltmanagements und Orientierung in Richtung einer nachhaltigen Siedlungsweise. Zur Verbesserung der Umweltqualität mahnte man den Schutz strategisch wichtiger Ökosysteme, die Verbesserung der Wasserqualität wie auch der Stadtplanungs- und Siedlungspolitik, die Reinigung der Meere und Küsten, eine Vergrößerung der Waldflächen sowie eine saubere Produktion an. Als Instrumente zur Durchsetzung wurden neben Umwelterziehung zur Schaffung eines Umweltbewusstseins auch die Stärkung der Institutionen, eine verbesserte Informationsbeschaffung und Zugang zu derselben, Umweltplanung und -ordnung sowie globale Zusammenarbeit angeführt. Die Finanzierung dieses Umweltmanagements sollte über den Staatshaushalt, ausländische Kredite, technische Zusammenarbeit und eigene Ressourcen der territorialen Einheiten und der *CAR* erfolgen (Ministerio del Medio Ambiente 1995).

2.4 Akteure und Träger einer nachhaltigen Entwicklung

Das Nationale Umweltsystem *SINA* umfasst alle für die Umweltpolitik zuständigen staatlichen Einheiten und mit der Umweltproblematik befassten nichtstaatlichen Organisationen wie auch finanzielle Mittel zur Verwaltung und Wiederherstellung der Umwelt. Die wichtigsten Elemente sind das Umweltministerium, dem neben seiner legislativen Funktion auch die Verwaltung des Nationalparksystems und in bestimmten Bereichen die Vergabe von Umweltlizenzen obliegt sowie die *CAR*, die über weitgehende verwaltungstechnische und finanzielle Autonomie verfügen. Das Ministerium wird bei seinen Entscheidungen durch den *Consejo Nacional Ambiental* und den *Consejo Técnico Asesor* unterstützt, der sich jeweils aus Vertretern der Forschung, Regierung, Industrie- und Landwirtschaftsverbänden sowie aus Umweltexperten zusammensetzt. Fünf Forschungsinstitute bilden das wissenschaftliche Rückgrat des Ministeriums: Institut „Alexander von Humboldt“ (Biologische Ressourcen kontinentaler Ökosysteme), *SINCHI* (Amazonas), Institut „John von Neumann“ (Pazifische Küstensysteme und *Chocó Biogeográfico*),

INVEMAR (Marine Ökosysteme) und *IDEAM* (Klima, Böden, Wasser und Meteorologie).

Weiterer integrativer Bestandteil des *SINA* sind die Umwelt-NROs, deren Sachverstand auch in Kolumbien verstärkt eingebunden wird. Da die Nachhaltigkeitskonzeption der NROs in starkem Gegensatz zu den heterogenen Vorstellungen der Regierungsorganisationen steht, werden Zusammenarbeit und kohärente Politik durch entstehende Zielkonflikte behindert. So wird Partizipation durch den Staat eher als Ziel denn als Bedingung definiert und lokale Akteure mehr als Rezeptoren und Vollzugskräfte, denn als Ideengeber angesehen. Andere Hemmnisse sind aus Sicht der NROs die geringe Kontinuität und Eindeutigkeit der Regierungsprogramme aufgrund konjunktureller Zwänge, mangelhafte Koordination zwischen den verschiedenen Institutionen, fehlendes Vertrauen, mitunter fehlende politische Verantwortung und Handlungsfähigkeit, Konkurrenzdenken der Institutionen sowie die starke Rotation der Beamten und eine exzessive Bürokratie. Gleichwohl ergänzen sich staatliche *top-down*- und nicht-staatliche *bottom-up*-Ansätze, und die NROs erkennen neue Beteiligungsspielräume, die sich durch ihre Anerkennung als Vertreter der Zivilgesellschaft, die neue Verfassung und den Dezentralisierungsprozess eröffnet haben und zukünftig zu einer verbesserten Kooperation führen könnten (Candelo/Corrales/Machado/Salgado 1995: 17–72).

Die verstärkte staatliche Inanspruchnahme von Dienstleistungen birgt natürlich einerseits die Gefahr der Kooptation der NROs, weil diese durch „staatliche Subsidien“ einen Teil der eigenen Unabhängigkeit verspielen. Die Abgabe staatlicher Kompetenzen, die sich als „Entstaatlichung“ anlässt, kann sich so bei genauerem Hinsehen als „Indienststellung privater Organisationen für staatliche Aufgaben“ (Nuscheler 1996: 504) und Flucht des Staates aus der Verantwortung erweisen. Andererseits erhöht die Delegation von Aufgaben an die NROs in gewissen Regionen aber das Vertrauen der Bevölkerung in diese Organisationen und führt so zu einer Zusammenarbeit, die mit staatlichen Stellen niemals möglich geworden wäre. Auch die zu beobachtende Ämterkooptation im Bereich umweltpolitischer Institutionen kann in diesem Zusammenhang als positiv bewertet werden, wenn auf diese Weise Nachhaltigkeitskriterien der basisdemokratischen NGOs in die Strategiepläne staatlicher Institutionen einfließen und größere Bevölkerungsteile erreicht oder weitere Akteure wie die indigene Bevölkerung integriert werden. Beispielhaft hierfür steht die Person des Umweltministers Juan Mayr Maldonado, der bei seinem Amtsantritt als ehemaliger Leiter der *Fundación Pro Sierra Nevada* über gute Beziehungen zu Teilen der indigenen Bevölkerung verfügte. Aufgrund dessen konnte er z.B. in der Sierra Nevada de Santa Marta einen offiziellen Dialogprozess zwischen Regierung und Bevölkerung einleiten. Das nicht

zu unterschätzende politische Gewicht der indigenen Minderheit zeigte sich jüngst, als deren Kongressabgeordnete aufgrund umstrittener Gebietsentscheidungen im Streit der U'wa gegen einen großen Erdölkonzern ein Misstrauensvotum gegen den Minister anstrebten. Unumstrittene Erfolge kann der Minister hingegen auf internationaler Ebene verbuchen: Allein seiner geschickten Verhandlungsführung ist es zu verdanken, dass im Januar 2000 nach langen und schwierigen Verhandlungen in Montreal das *Cartagena Protocol on Biosafety* (als Weiterentwicklung der Konvention über die Biologische Vielfalt) beschlossen werden konnte.

Konzertationsmechanismen, Strategien zur Stärkung der regionalen Partizipation und der Zivilgesellschaft sowie die Verbesserung von Koordination und Kommunikation könnten die Beziehungen zwischen den einzelnen Akteuren verbessern helfen. In diesem Sinne besonders interessant und zu beobachten ist hier die zunehmende Herausbildung von Netzwerken als derjenigen Organisationsform, die durch ihre flexible und effiziente Arbeitsweise eine für große Organisationen typische Bürokratisierung verhindert und so den Erfordernissen einer nachhaltigen Entwicklung entspricht.¹¹

3. Zusammenfassung und Ausblick

Im Jahr 1995 formulierte Philip O'Brien die These, dass in Kolumbien einer der wichtigsten Versuche unternommen werde, Geist und Inhalt einer nachhaltigen Entwicklung umzusetzen, und Kolumbien deshalb in diesem Jahrzehnt als Testfall für jegliche Art einer zukunftsfähigen Politik gelten könne (O'Brien 1995: 7). Betrachtet man sich die seit Anfang der 1990er Jahre geschaffenen gesetzlichen Grundlagen hierfür, so gelangt man diesbezüglich zu einem durchaus positiven Urteil. Grundsätzlich klafft jedoch in Kolumbien ein tiefer Abgrund zwischen Gesetzgebungsanspruch und -wirklichkeit. So sind auch die bisherigen Entwicklungs- und Umweltspläne u.a. daran gescheitert, dass die großen Ziele in keinem Verhältnis zu finanziellen Mitteln und Umsetzungszeitraum standen. Auch wurde die Bevölkerung bei der Formulierung nicht angemessen beteiligt und es mangelte an technischer Kapazität und politischem Willen, um konkrete Aktionen einzuleiten (Ruiz 1996).

¹¹ In diesem Sinne unterstützt *Redepaz* (*Red Nacional de Iniciativas contra la Guerra y por la Paz*) den Friedensprozess des Landes und *Colnodo* die allgemeine Kommunikation zwischen den kolumbianischen NGOs. Die *Red Región de los Nevados* eint seit 1994 zum Ressourcenschutz und zur Umwelterziehung die Anrainer eines Nationalparks, *Red de Reservas Privadas de la Sociedad Civil* fördert die Einrichtung privater Schutzgebiete, und *Ecofondo* hat seit 1995 Netzwerke als Ort der Artikulation und des Austausches über unterschiedliche thematische Schwerpunkte eingerichtet. Wie *Recab* (*Red Colombiana de Agricultura Biológica*) unterstützt *Red Estrategias Campesinas para el Desarrollo de una Agricultura Ecológicamente Apropia* die Einführung bio-ökologischer Landwirtschaft über nationale Grenzen hinweg (Ecofondo 1995, 1995a, 1996).

Im Juni 1997 debattierte in Bogotá ein Forum die bisherige Umsetzung der Agenda 21 in Kolumbien und kam zu dem Ergebnis, dass sich das Land – von einigen Ausnahmen abgesehen – nicht in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung bewegt (El Tiempo 1997). Angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen überrascht diese Feststellung nicht. Das Gewinnstreben der Eliten, die Verarmung der Menschen und der Kampf ums Überleben sind letztendlich in eine verhängnisvolle, wechselseitige Beziehung mit der Umweltzerstörung gemündet, deren Umkehrung nicht über kurzfristige Symptombekämpfung, sondern nur über einen langfristigen Strukturwandel zu erreichen sein wird.

Heute, im Jahr 2000, steht in Kolumbien mehr denn je die noch ausstehende Befriedung des Landes auf der Tagesordnung – auf der nationalen Agenda 21. Die andauernden kriegerischen Auseinandersetzungen führen zu einem verstärkten *brain drain* in die USA oder nach Europa, und diejenigen, die ausharren und sich für den notwendigen Wandel einsetzen, fürchten um ihr Leben. Gleichwohl geht die Suche nach horizontalen, dezentralen und partizipativen Organisationsformen unter Einbeziehung innovativer Kommunikationssysteme wie Internet und E-mail weiter, und auch der Glaube an den alten utopischen Traum der Konstruktion einer besseren Gesellschaft für alle lebt weiter.

Seit Ende der 80er Jahre existiert in Kolumbien eine Art Netzwerk aus Intellektuellen, Politikern, umweltbewussten Unternehmern und Verwaltungsbeamten, Vertretern der Zivilgesellschaft und indigenen Gemeinschaften, das sich für eine alternative Entwicklung einsetzt. Dementsprechend nimmt das Land hinsichtlich seiner Gesetzgebung in Bezug auf die Partizipation von NROs und lokalen Gemeinschaften an der Umweltpolitik innerhalb Lateinamerikas tatsächlich eine Vorreiterrolle ein. Unter der gewalttätigen Oberfläche des Landes wächst dieses Netzwerk weiter und vereint bisher isolierte Ansätze für ein neues nationales Projekt unter dem Dach einer nachhaltigen Entwicklung. Möglicherweise gerät hierdurch die erstarrte und durch Diskriminierung gekennzeichnete multiethnische Gesellschaft in Bewegung und besinnt sich auf ihre eigene Stärke. Diejenigen Intellektuellen, die einen kulturellen Umbruch und die Abkehr vom westlichen (Konsum-)Denken prognostizieren (Angel Maya 1995) und solche Politiker, die wortgewaltig die Einlösung der „ökologischen Schuld“ durch die Länder der „Ersten Welt“ fordern (Jaramillo Correa 1991), entstammen in erster Linie den urbanen Mittelschichten. Über eine Koalition mit anderen kollektiven Akteuren und Akteursgruppen, wie der indigenen Bevölkerung und den Frauenbewegungen, könnte es aber zu einer Integration größerer Bevölkerungsteile kommen.

Die langfristige Veränderung der zerstörerischen Beziehung zwischen den Menschen wie auch zwischen Mensch und Natur, die ihre tiefen

Wurzeln in der nationalen Mentalität hat und Produkt falscher Vorstellungen bezüglich der Rolle des Menschen und seiner Beziehung zu den anderen Lebewesen ist, erfordert einen grundsätzlichen Wandel des Wertesystems über die Demokratisierung von Natur, Information, Wirtschaft und Justiz (Carrizosa Umaña 1992: 174–217). Die Koexistenz diverser Kulturen unter einem nationalen Dach hat in abgelegenen Landesteilen Kolumbiens bis heute das Überdauern nachhaltiger Produktionsweisen und die Bewahrung von Werthaltungen gesichert, die von neuzeitlicher Konsumkultur noch nicht infiziert worden sind. Die verbesserte Kenntnis dieser eigenen kulturellen und geographischen Realität könnte erstmals zur Entwicklung alternativer Strategien beitragen, die das Eigene höher schätzen als westliche Blaupausen.¹² Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung bietet den Menschen erstmals diejenigen Werte an, die sie seit Beginn der kolonialen Unterdrückung entbehren mussten und die zur Lösung ihrer existenziellen Krise beitragen können: Respekt vor Mensch und Natur, Solidarität und Gerechtigkeit. Einiges hat sich im Bewusstsein der Menschen bereits verändert. Es bleibt zu hoffen, dass dieser positive Beginn nicht von einer „Rette-sich-wer-kann“-Strömung fortgerissen wird.

Literatur

- Andrade, G./Ruiz, J. P./Gómez, R. (1992), Biodiversidad, conservación y uso de recursos naturales. Colombia en el contexto internacional, CEREC, FESCOL, Bogotá.
- Ángel Maya, A. (1992), Ambiente y desarrollo, in: Quiroz Peralta, C. A. (Hrsg.), Ambiente y planificación. Un enfoque para el desarrollo humano hacia el siglo XXI, SECAB, Bogotá, 19-77.
- Bundesumweltministerium (BMU) (1992), Umweltpolitik. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro – Dokumente, Bonn.
- Candelo, C./Corrales, E./Machado, A./Salgado, C. (1995), Relaciones ONGs, estado y desarrollo sostenible en Colombia, in: CINEP/IICA (Hrsg.), Relaciones ONGs y Estado en desarrollo sostenible en Colombia, Seminario Taller Internacional, 17-72.
- Carrizosa Umaña, J. (1992), La política ambiental en Colombia. Desarrollo sostenible y democratización, FESCOL, CEREC, FEN, Bogotá.
- Colombia National Report for UNCED (1992), o. O.
- Constitución Política (CP) de Colombia (1991), Bogotá.
- Deutsche Welle Monitor-Dienst, (1996), 10. 12.
- Dilger, G. (1996), Kolumbien, München.
- Ecofondo (Hrsg.) (1995), Boletín Ecofondo Nr. 14: Hilando el tejido social.
- Ecofondo (Hrsg.) (1995a), Boletín Ecofondo Nr. 15: ¿Quién decide?
- Ecofondo (Hrsg.) (1996), Boletín Ecofondo Nr. 19: Colonización, coca y conflicto.
- El Tiempo (1997), Colombia no ha cumplido la Agenda 21, 23. 6.
- El Tiempo (1998), La realidad es dura, 18. 3.
- Estupiñán Villarreal, L. F. (1995), El concepto del desarrollo sostenible: Una evaluación de las leyes de planeación, medio ambiente y ordenamiento territorial bajo dicho enfoque, CIDER, Bogotá.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) (1997), Heiße Luft in New York, 30. 6., 4.

¹² Vgl. hierzu auch UNESCO 2000.

- Frankfurter Rundschau (FR) (1997), Globale Rezession in den Köpfen, 26. 6., 4.
- Frankfurter Rundschau (FR) (1997a), Rio minus fünf, 28. 6., 3.
- Harborth, H.-J. (1993), Sustainable Development – Dauerhafte Entwicklung, in: Nohlen, D./ Nuscheler, F. (Hrsg.) (1993), Handbuch der Dritten Welt, Bd. 1 Grundprobleme, Theorien, Strategien, Bonn, 231-247.
- Hauff, V. (Hrsg.) (1987), Unsere Gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Grevén.
- INDERENA (o. J.), Guía del sistema de parques nacionales de Colombia, o. O.
- Jaramillo Correa, L. F. (1991): Colombia promueve nuevo orden ecológico y económico mundial, in: Revista Cancillería de San Carlos, Nr 5, 3-10.
- Ley 99 de 1993, o. O.
- Messner, D./Nuscheler, F. (Hrsg.) (1996), Weltkonferenzen und Weltberichte. Ein Wegweiser durch die internationale Diskussion, Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), Bonn.
- Ministerio del Medio Ambiente (1995), Plan Nacional de Desarrollo Ambiental. El Salto Social hacia el desarrollo humano sostenible, Bogotá.
- Mols, M. (1995): Zum Staat in Lateinamerika, in: Ders./Thesing, J. (Hrsg.) (1995), Der Staat in Lateinamerika, Mainz, 45-57.
- Morcillo, P. P. (1994), La legislación ambiental de Colombia. Operancia y aplicabilidad, Cali.
- Müller, M. (1996), Sustainable Development, in: Nohlen, D. (Hrsg.), Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen, Reinbek (9. Aufl.), 643-648.
- Nohlen, D./Hillebrands B. (1993), Welt-Umweltkonferenz, in: Nohlen, D./Nuscheler, F. (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt, Bd. 1 Grundprobleme, Theorien, Strategien, Bonn, 733-734.
- Nohlen, D./Nuscheler, F. (Hrsg.) (1993), Handbuch der Dritten Welt, Bd. 1 Grundprobleme, Theorien, Strategien, Bonn.
- Nuscheler, F. (*1996), Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, Bonn.
- O'Brien, P. J. (1995), Participation and Sustainable Development in Colombia, in: European Review of Latin American and Caribbean Studies, Nr. 59, 7-35.
- ONIC/CECOIN/GhK (Hrsg.) (1995), Tierra profanada. Grandes proyectos en territorios indígenas de Colombia, Bogotá.
- Páramo Rocha, G. (1996), Ecosistemas naturales colombianos en conflicto, in: ECOS Nr. 6.
- Pombo, D. (1990), Perfil ambiental de Colombia, Colciencias, Bogotá.
- Presidencia de la República/DNP: El Salto Social. Plan Nacional de Desarrollo – Ley de Inversiones 1994-1998, o. O.
- Rodas Monsalve, J. C. (1995), Fundamentos constitucionales del derecho ambiental colombiano. Bogotá.
- Rodríguez Becerra, M. (1994), Medio ambiente y desarrollo en la nueva Constitución Política de Colombia, in: Guhl N., E./Tokatlian, J. G. (Hrsg.), Medio ambiente y relaciones internacionales, Bogotá, 291-298.
- Rodríguez Becerra, M. (1994), Crisis ambiental y relaciones internacionales – Hacia una estrategia colombiana, Bogotá.
- Ruiz, J. P. (1996), Planes y realidades: ¿En qué va la gestión ambiental? In: Ecofondo (Hrsg.) (1996), Boletín Ecofondo Nr. 19: Colonización, coca y conflicto, 3-9.
- Schmitz, A./Stephan, P. (1996), Die Weltkonferenz zu Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992. Ausweg aus dem Interessenschwung? in: Messner, D./Nuscheler, F. (Hrsg.) (1996), Weltkonferenzen und Weltberichte. Ein Wegweiser durch die internationale Diskussion, Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), Bonn, 175-185.
- Stegmüller, G. (1989), Das kolumbianische Umweltrecht. Ein Modell für die Zukunft? Frankfurt a. M.
- UNESCO (2000), El vuelo de la serpiente. Desarrollo sostenible en la América prehispánica, o. O.
- Villaronga Walker, B. (1998), Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung und seine Umsetzung in Kolumbien, unveröffentlichte Magisterarbeit, Johannes Gutenberg-Universität Mainz.
- Weizsäcker, E. U. v. (*1994) (*1989), Erdpolitik. Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt, Darmstadt.